

Vorgestellt
Paul Klinger Künstlersozialwerk 2

Editorial 3

Thema des Monats
Ein Jahr Hartz IV –
Prädikat: mangelhaft 4

Das Porträt
Jelka Wetzel, Vorsitzende des
Paritätischen in Thüringen 23

Verbandsrundschau
„Armut kann man nicht
simulieren“ 24
Bundesverdienstkreuz für
Verbandsvorsitzende Barbara
Stolterfoht und Vorgängerin
Prof. Dr. Monika Simmel-Joachim 25

Sozialpolitik
„Das Jahr der zerstörten Hoffnun-
gen“ – Bilanz von Hauptge-
schäftsführer Dr. Ulrich Schneider 26
Dreiklang von Bildung,
Erziehung und Betreuung 28
Vernormt... 28

Spektrum
Feierabend für das
Feierabendheim 29
Ehrung für ehrenamtliche
Wohlfahrtsmarken-Verkäufer 30
Mobil ins selbstbestimmte Leben 30
Große Koalition der Betroffenen 31
125 Jahre Deutscher Verein 31

Forum
Symbolischer Preis für Killersatz 32
Warnung vor Folgen der
Sparpolitik 33
Fundraisingkongress 33
Forschungspreis der DGSP 33
www.gute-tat.de 33

Lesen & Surfen 34

Rezensionen/Impressum 35

Was? Wann? Wo? 36

Liebe Leserinnen und Leser,

in der Debatte um die zurückliegen-
den Sozialreformen hat sich der
Paritätische Wohlfahrtsverband wie
wohl kein anderer Verband in die
Diskussion eingemischt, konstruktive
Kritik geübt und notwendige Korrek-
turen eingefordert. Über ein Jahr
nach Inkrafttreten von „Hartz IV“
hat sich gezeigt, dass unsere Beden-
ken nicht übertrieben, sondern nur
zu berechtigt waren. Die Sozialrefor-
men sind mangelhaft, ihre Bilanz ist
ungenügend. Außer guten Worten
haben die Erwerbslosen in den ver-
gangenen Jahren wenig bekommen,
im Gegenteil: Ihnen wurde spürbar
genommen. Die Regelsätze sind bei
weitem zu niedrig bemessen, Ge-
sundheitsrisiken werden zunehmend
privatisiert, und mit der Alterssiche-
rung verbindet längst niemand mehr
die Hoffnung auf einen gesicherten
Lebensstandard. Trotz aller bereits
jetzt sichtbaren negativen Folgen der
Reformen droht die Spaltung der
Gesellschaft weiter zu wachsen. Viele
Übergangsregelungen zur Milderung
der Folgen laufen aus, neue Belas-
tungen für einkommensschwache
Gruppen sind bereits geplant. So-
zialpolitik darf nicht zu einem
Instrument der bloßen Verwaltung
des Mangels und der Erwerbslosigkeit
werden, sondern muss ihrem gesell-
schaftspolitischen Anspruch gerecht
werden. Das bedeutet vor allem, dass
der Mensch im Mittelpunkt und die
individuelle Wohlfahrt Ziel und Zweck
politischen Handelns bleiben muss.
Dazu bedarf es unserer gemeinnützi-
gen Einrichtungen und Dienste, die
sich der erfolgreichen Integration der
Menschen in Arbeitsmarkt und
Gesellschaft widmen. Gerade diese
Dienste geraten mit der Anwendung
des Vergaberechts zunehmend unter
Druck, obwohl sie erfolgreich und effi-
zient arbeiten. Wenn jedoch in einer
Ausschreibung der bezeichnende Satz



zu finden ist, dass "eine rein preisliche
Bewertung der Angebote" erfolgt und
Konzepte deshalb erst gar "nicht ein-
zureichen" seien, droht eine Marktbe-
reinigung ausgerechnet zu Lasten der
engagierten sozialen Träger vor Ort.
Dies zu verhindern ist eine unserer
wichtigsten Aufgaben.

Unserer Gesellschaft fehlt es nicht
an engagierten Menschen, nicht an
Leistungsfähigkeit und Potenzial. Es
fehlt jedoch an dem Gefühl für die
Notwendigkeit einer sozial gerechten
und ausgewogenen Politik. Wir
brauchen deshalb den Mut und den
Willen zu einer anderen Politik, und
ich wünsche mir, dass die neue Bun-
desregierung die Herausforderungen
annimmt, Probleme angeht und
Fehler aus der Vergangenheit zu ver-
hindern sucht.

Armut und Ausgrenzung sind die
größten Gefahren für den Einzelnen,
aber auch für die Gesellschaft insge-
samt. Beides zu beseitigen, muss
oberste Priorität haben. Der frühere
US-Justizminister Robert Kennedy
bemerkte einst: "Ich bin der Überzeu-
gung, dass die Duldung von Armut im
Angesicht des Überflusses schlichtweg
böse ist." Dem ist nichts hinzuzufügen.

Herzlich Ihre

B. Ueberfeldt

Barbara Stolterfoht
Vorsitzende des Paritätischen
Gesamtverbandes